

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 4 (1924-1925)
Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gerissen. Was uns heute als „Kunst“ über die Landesgrenzen kommt, kann oft nur unser Grauen über einen derartigen Zerfall der schöpferischen Kräfte und des Geschmacks erregen. Hier aber sind uns unvergängliche seelische Schätze beschied, Ausdruck unseres Fühlens und Denkens, ein Blütenzweig aus dem Stamme unseres Volkes, ein Lichtstrahl aus unserer Zeit in unsere Zeit. Ein seelisches Gut, das nicht an einem Tage gewachsen ist, sondern nur aus alter Kultur erblühen konnte, auch das ein Erbe der Väter; mag es das Schweizervolk erwerben, um es zu besitzen!

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Außenpolitik in der Bundesversammlung. — Die Schweiz und Rußland. — Der rumänische Königsbesuch. — Die „Lettiner Frage“. — Anfragen über französische Spionage. — Der „Fall“ Schreiber. — Geplänkel der französischen Presse. — Das Fest der Schweizer Schriftsteller in Paris. — Ein schwarzer Tag in unserer Geschichte. — Parlamentarische Kommission für Auswärtiges.

Außenpolitische Fragen haben die Bundesversammlung in ihrer zweieinhalbwöchigen Frühjahrsession nur in geringem Maße beschäftigt. Die vorherrschende Meinung des Parlaments scheint die zu sein, daß nichts Dringliches in dieser Richtung vorliege und daß man in Anbetracht der Überlastung mit anderen Verhandlungsgegenständen froh sein müsse, nicht auch noch mit diesen Fragen behelligt zu werden. Der Bundesrat, bezw. das Politische Departement ist, seitdem dort das „System“ Motta herrscht, seinerseits bestrebt, das Parlament möglichst wenig in Fragen unserer auswärtigen Politik zu begrüßen, weil es die parlamentarische Aussprache darüber lediglich als eine unbequeme Einmischung in seinen Herrschaftsbereich empfindet und im übrigen derart von der Vorzüglichkeit seiner Führung unserer auswärtigen Angelegenheiten überzeugt ist, daß es diese als über jede parlamentarische Kritik erhaben und als eines Rückhaltes im Parlament nicht bedürftig erachtet. Wir können uns weder der Meinung anschließen, daß in unseren äußeren Angelegenheiten nichts Dringliches, der parlamentarischen Erörterung Bedürftiges vorliege; noch vermögen wir uns von einer solchen Vorzüglichkeit der Leitung unserer Außenpolitik zu überzeugen, daß diese deswegen über die Notwendigkeit der Kritik erhaben wäre.

* * *

Über den Bericht, den der Bundesrat der Bundesversammlung über die Tätigkeit der Schweiz im Völkerbund erstattete (Bericht über die IV. Völkerbundsversammlung), haben wir uns früher ausgesprochen. Er ist im Ständerat zur Behandlung gekommen, wobei die Politik des Bundesrates seitens mehrerer Mitglieder scharfe Kritik erfuhr (vergl. das Votum von Ständerat Böhi, unten).

Durch die Interpellation Huber (soz.) im Nationalrat ist aus der Mitte der Bundesversammlung Aufschluß verlangt worden über die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Rußland (der Bundesrat wird um Berichterstattung und Antragstellung über die Wiederaufnahme der diplomatischen und Handelsbeziehungen mit Rußland ersucht, lautete die Interpellation). Der Wunsch nach der Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Rußland ist heute auch in weiten bürgerlichen Kreisen vorhanden, wenn dafür auch mehr kommerzielle Gründe als solche allgemeiner

außenpolitischer Erwägungen bestimmend sind. Der Weg vom Wunsch zur Verwirklichung dürfte allerdings nicht gerade leicht sein. Eine allzu unüberlegte, viel mehr unter fremdem Einfluß als aus eigenem Nachdenken entstandene Einstellung unserer bürgerlichen Presse und Öffentlichkeit gegenüber Rußland in den vergangenen Jahren hat in unserer Öffentlichkeit eine Stimmung geschaffen, aus der zwar nicht der Mord an Worowski, sicher aber der betrübliche Lausanner Freispruch des Worowski-Mörders hervorging. Daß der Untergrund dieser Stimmung weniger der Haß gegen das bolschewistische Rußland als solches, als vielmehr gegen das bolschewistische Rußland als dem „Verräter“ an den Alliierten bildete, haben wir bei unserer Beurteilung des Lausanner Freispruchs schon erwähnt. Heute, wo ein großer Teil der öffentlichen Meinung, wenigstens in der deutschen Schweiz, zu einer Änderung der bisherigen Haltung gegenüber Rußland geneigt wäre, sind wir durch die Folgen jener Einstellung in unserer Handlungsfreiheit eingeengt.

* * *

Daß unsere offizielle Politik einem neuen Kurs gegenüber Rußland abgeneigt ist, dürfte unzweideutig aus ihrem jüngsten Verhalten hervorgehen, das nicht nur eine Bestätigung unserer seit 1919 befolgten Anlehnung an das französische Machtsystem, sondern eine erneute Festigung unserer Verbindungen mit diesem bedeutet. Ende März stattete Herr Benesch, Außenminister der tschechoslowakischen Republik, des neben Belgien engsten militärischen Verbündeten Frankreichs, dem Vorsteher des Politischen Departements in Bern einen Besuch ab. Was den Gegenstand der Aussprache gebildet hat, ist der Öffentlichkeit nicht bekannt gegeben worden; diese erfuhr lediglich, daß volle Übereinstimmung der beidseitigen Auffassungen geherrscht habe. Für Anfang Mai ist der Besuch des Königs paares von Rumänien, eines weiteren Verbündeten Frankreichs, der eben vor dem Abschluß eines Militärbündnisses mit diesem steht, angekündigt. Dieser Besuch ist von dem rumänischen Gesandten in Bern, Herrn Comnène, seit längerem vorbereitet worden, unter anderem durch „Fühlungnahme“ mit unserer Presse. Eine von Herrn Comnène inspirierte Pressemeldung wußte daher der schweizerischen Öffentlichkeit diesen Besuch früher anzukündigen als die offiziöse Meldung des Politischen Departements. Gleichzeitig mit der Ankündigung des hohen Besuchs bei Herrn Motta, sprach der rumänische Gesandte auch beim Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, Herrn Schultheß, vor, um diesem eine Regelung der seit längerem von der rumänischen Regierung in geradezu skandalöser Weise abgelehnten Forderungen des schweizerischen Staates und schweizerischer Privater an Rumänien in Aussicht zu stellen. In der Hoffnung, unter solchen Umständen vielleicht noch einige der in Rumänien verlorenen 20 Millionen retten zu können, sehen wir daher jetzt auch den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements für den Empfang des hochpolitischen Besuches eintreten. Man muß sagen, die rumänische Diplomatie versteht ihr Handwerk.

Der politische Charakter des rumänischen Besuches wird durch den Umstand verstärkt, daß Rumänien wegen Bessarabien augenblicklich in einem äußerst gespannten Verhältnis zu Rußland steht, aus dem im Laufe der nächsten Monate jederzeit ein offener Konflikt werden kann. Wenn es unserer politischen Leitung also ernst wäre mit der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland, so müßte schon aus diesem Grunde der Besuch des rumänischen Königs paares abgelehnt werden, dessen Empfang unsere künftige Handlungsfreiheit gegenüber Rußland um ein weiteres einengt. Dazu kommt außerdem, daß das rumänische Königspaar auch in Rom und Madrid seine Aufwartung machen wollte, sein Empfang dort aber demonstrativ abgelehnt wurde. Dadurch, daß die Schweiz den rumänischen Besuch empfängt, bekundet sie also auch diesen Staaten gegenüber, daß sie sich außenpolitisch — und innenpolitisch — weiterhin an das Machtsystem Frankreichs und der Kleinen Entente anzulehnen gedenkt.

In einem sehr beachtenswerten Artikel hat die sozialistische „Berner Tagwacht“ vom 17. April darauf hingewiesen, wie unklug im jetzigen Augenblick

der Empfang des von Paris kommenden rumänischen Königspaares sei. Gerade dem faschistischen Italien gegenüber sei schweizerischerseits „eine strikte Neutralität, die strikte Befolgung einer Politik, die dem faschistischen Regiment jeden Anlaß zu Mißtrauen und Voreingenommenheit nimmt“, geboten; wir brauchten „keine Politik zu machen, die Italiens Interesse an einer neutralen Schweiz herabmindert“; in Anbetracht der Spannung, die auch zwischen Italien und Rumänien herrsche, liege aber unser offizieller Empfang des rumänischen Herrscherpaares nicht in der Linie einer solchen Politik. Auch für die Anknüpfung von Verbindungen mit Rußland sei der rumänische Königsempfang in Bern nicht gerade das notwendigste. Im übrigen führe im Falle eines offenen Konfliktes die Verbindung Frankreichs mit seinen Schützlingen im Osten durch die Schweiz. Herr Motta sollte sich daher darüber klar werden, daß er im Begriffe sei, nicht die erste, wohl aber die größte Dummheit zu begehen.

Wir haben es in der Frühjahrssession der Bundesversammlung schon vermist, daß der Bundesrat nicht um Auskunft über Sinn und Tragweite des Besuches von Benesch gefragt worden ist. Die parlamentarische Erörterung des ganzen zusammenhängenden Fragenkomplexes, der durch die Stichworte Truppendurchzugsfrage (die Anfrage Seiler darüber ist noch immer unbeantwortet), französisch-tschechischer Bündnisvertrag, Garantiepakt des Völkerbundes, Sanierung und Garantie Deutschösterreichs, offizieller Besuch Beneschs und neuestens des rumänischen Königspaares in Bern, umschrieben wird, dürfte nachgerade dringlich sein, sofern das Parlament noch den Anspruch erhebt, als Vertretung des obersten Souveräns, des Volkes, zu gelten und sofern der schweizerische Staat durch die offensichtliche Unfähigkeit seiner heutigen außenpolitischen Leitung nicht tiefer und tiefer in Verbindungen verstrickt werden will, die seine äußere Handlungsfreiheit noch weiter einschränken als bisher und ihm bei einem ausbrechenden europäischen Konflikt zum Verhängnis werden müssen.

* * *

Kein Echo hat im Parlament auch die außenpolitische Seite der „Tessiner Frage“ gefunden. Da nach offizieller Version sowohl schweizerischer- wie italienischerseits die „Tessiner Frage“ keine außenpolitische Seite besitzt, könnte sich eine Kritik im Parlament lediglich gegen die allgemeine Art, wie der „Kampf“ um unsere südlichen Landesteile seitens des Politischen Departements geführt wird, richten. Tatsache scheint nämlich zu sein, daß ein „Kampf“ hier außenpolitisch von unserer politischen Leitung überhaupt nicht geführt wird, sondern daß man die Dinge — auch hier — laufen läßt, wie sie laufen. Und daß sie laufen, und zwar schlecht laufen, haben die neuesten Zwischenfälle in Ponte-Tresa, Lugano und Varese mit ihrem diplomatischen Nachspiel wiederum deutlich genug erwiesen.

Das charakteristische Merkmal all der Vorfälle, die wir seit bald zwei Jahren, und in den letzten acht Monaten in erschreckender Häufigkeit, an unserer Südgrenze zu verzeichnen haben, ist, daß die „Provokation“, die Veranlassung dazu fast ausnahmslos von — schweizerischer Seite ausgegangen ist. Ein entfernter Beobachter, der nicht in das Innere der Verhältnisse hineinsieht, müßte direkt den Eindruck gewinnen, daß die Schweiz im Süden ihres Staatsgebietes einen Unruheherd besitzt, von dem aus ihr südlicher Nachbar Italien oder italienische Staatsangehörige in der Schweiz ständig provoziert und belästigt werden.

Zwei hauptsächliche „Unruhe“-Quellen sind es, denen die Vorfälle der letzten Jahre entsprungen sind: einmal der parteimäßige Haß der Tessiner Sozialisten, denen sich auf tessinisches Gebiet geflüchtete italienische Sozialisten angeschlossen haben, gegen den Faschismus; und dann der „Irredentismus“ einiger tessinischer „Intellektueller“, dessen „treibende“ Kräfte jenseits der Grenze zu suchen sind. Die Tessiner Sozialisten werfen sich in ihrem Organ „Libera Stampa“ gerne als die eigentlichen schweizerischen Patrioten und Bewahrer der Sicherheit und Ehre des Vaterlandes und der Armee gegenüber

den Anmaßungen, Gewaltandrohungen und Beschimpfungen der Faschisten auf; die Angehörigen der andern Parteien ihrer eigenen Landesleute, insbesondere die Radikalen, erscheinen ihnen längst als dem Faschismus verschrieben und als halbe Landesverräter. Man muß einen Blick in die tessinische Parteipresse tun, um sich einen Begriff machen zu können von der Leidenschaftlichkeit, mit der der Parteikampf auch heute im Tessin geführt wird; geschieht irgendwo etwas Ungrades im Kanton, so ist jede Partei bei der Hand, der andern die Urhebererschaft daran zuzuschreiben; so wurden die Radikalen z. B. im „Popolo e Libertà“, dem Organ der klerikalen Partei, ohne weiteres der Urhebererschaft an dem Machwerk der „Questione Ticinese“ verdächtigt; die Radikalen ihrerseits sehen in den Sozialisten die für alles Unheil Verantwortlichen u. s. w. Tatsache ist allerdings, daß das Organ der Tessiner Sozialisten, die „Libera Stampa“, gegenüber dem Faschismus eine unerhört herausfordernde, das Maß berechtigter Kritik überschreitende Sprache führt und daß die in der Schweiz und in der Nähe der Grenze wohnenden Faschisten, selbst wenn sie sämtlich unschuldsvolle Lämmer wären, sich dadurch herausgefordert fühlen müßten. Man geht daher mit der Behauptung nicht fehl, daß diese Tätigkeit der „Libera Stampa“ einen gut Teil Schuld trägt an dem äußerst gespannten und gereizten Stimmungszustand diesseits und jenseits der Grenze, aus dem heraus es bei dem geringfügigsten Anlaß zu „Zwischenfällen“ kommt. Auch können wir ruhig eingestehen, daß die Sprache, die die „Libera Stampa“ der Partei eines befreundeten Landes gegenüber führt — die übrigens seit andert-halb Jahren dort Regierungspartei und neuestens auch die wirkliche Mehrheitspartei ihres Landes ist — ungehörig und unzulässig ist; die Beteuerungen der „Libera Stampa“, daß ihre Angriffe auf den Faschismus gerichtet seien und nicht auf Italien, für das sie die größten Sympathien besitze, vermögen daran nichts zu ändern.

Hier wird also der eine Punkt sein, wo es für unsere oberste Behörde einzuschreiten gilt. Vielleicht schafft der dieser Tage beginnende Prozeß gegen die Schuldigen an den Zwischenfällen am Landungssteg in Lugano im vergangenen September — 8 Italiener und 3 Tessiner — einige Abhilfe. Auf keinen Fall möchten wir natürlich unter einem Eingreifen der Behörden gegenüber dem Treiben der „Libera Stampa“ und ihrer Kreise eine Unterdrückung des patriotischen Eifers der Tessiner Sozialisten verstehen; die patriotische Wachsamkeit dieser Partei ist sehr verdienstlich; eine Untersuchung und Überwachung hätte sich hauptsächlich in der Richtung zu bewegen, den Anteil von Ausländern und — von allfälligen Provokatoren an dem Treiben festzustellen und dagegen die entsprechenden Maßnahmen zu treffen. Im übrigen wäre es verdienstlich, wenn etwa die deutschschweizerischen Genossen, die dem Faschismus an sich genau so wenig grün sind, wie ihre tessinischen Genossen, diese darauf aufmerksam machen wollten, wie ihr Treiben dem Gesamtwohl des Vaterlandes aus allgemeinen politischen Erwägungen zuwiderläuft und die Schweiz im Gegenteil das größte Interesse daran hat, Italien gegenüber eine Politik zu befolgen, „die dem faschistischen Regiment jeden Anlaß zu Mißtrauen und Voreingenommenheit nimmt“ (Berner Tagwacht). Das Bestehen faschistischer Organisationen in der Schweiz ist heute Tatsache. Vor einigen Jahren wäre bei einiger Voraussicht unserer Behörden deren Gründung zu verhindern gewesen. Heute sind die Methoden der Tessiner Sozialisten kein taugliches Mittel, sie wieder von unserem Boden zu vertreiben. Im Gegenteil, diese Methoden schaffen Anlaß zu Geschehnissen, wie man sie sich auf faschistischer Seite vielleicht nicht besser wünschen kann.

Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt, an dem wir eine sichere und feste Hand unserer obersten politischen Leitung vermissen, ist die Bekämpfung der Wühlarbeit angeblich tessinischer Irredentisten. Wir haben in letzter Zeit mehrfach Gelegenheit gehabt, offizielle und offiziöse italienische Rundgebungen zu hören und zu lesen, in denen Italiens Interesse an dem Bestehen einer neutralen Schweiz in ihrem bisherigen Gebietsumfang beteuert und jegliche irredentistisch-annexionistische Absicht auf schweizerisches Gebiet entrüstet abge-

lehnt wurde; die „Squilla Italica“, das Blatt der Faschisten in der Schweiz, ist kürzlich offen und ausgesprochen von den Tessiner „Irredentisten“, den Verfassern der „Questione Ticinese“, den „Tessiner Jünglingen“, als Leuten, die nur die Beziehungen zwischen Italien und der Schweiz trüben, abgerückt; für Italien gebe es keine „Tessiner Frage“; sofern eine solche bestehe, gehe sie lediglich den Tessin selbst und die Schweiz an. Gut! Warum aber hat man dann von schweizerischer Seite nicht schon längst diese „Tessiner Jünglinge“ wegen Landesverrat, zwar nicht um einen Kopf kürzer gemacht — das ist heute nicht mehr üblich —, aber zum mindesten unter entehrende und ihnen ihre weitere Tätigkeit verunmöglichende Strafen gestellt? Italien hat heute — wie wir schon in früheren Hefen ausführten — ein sehr großes Interesse an unserer aufrichtigen Neutralität. Um sich diese zu sichern, muß es jeden Schein irredentistischer Absichten auf schweizerisches Gebiet meiden und von allfällig im Tessin vorhandenen und tätigen Irredentisten abrücken. Diesen Umstand müssen wir ausnützen und die irredentistische Schlangenbrut im Tessin rücksichtslos zertreten, solange wir freie Hand dazu haben. Wir wollen dann gerne sehen, wer dagegen Einspruch erhebt und sich etwa zum Verteidiger der Landesverräter aufwerfen will, denn damit bekennet er durch die Tat Absichten, die er mit Worten ableugnet.

Darin sehen wir den grundsätzlichen Fehler in unserer heutigen Außenpolitik — im „System“ Motta —, daß sie durch eine schwächliche Nachgiebigkeit glaubt Konflikten aus dem Wege gehen zu können, die ihrer Natur nach unvermeidlich sind. Dieses „System“ des Kompromisses oder des mittleren Weges, wie es Herr Motta zu nennen beliebt, führt schließlich zu dem Ergebnis, daß wir dem Gegner alle Mittel in die Hand geben, um sich das ersehnte Objekt stillschweigend oder unter den ihm von uns gelieferten Vorwänden anzueignen. Schon um Genf wollte unsere politische Leitung den Kampf nicht aufnehmen. Um Frankreich nicht weiter zu „reizen“, sollte ein Abkommen über die Aufhebung der für Genfs Existenz als freie Schweizerstadt unbedingt notwendigen Zonen getroffen werden, auf dessen von uns anerkannten rechtlichen Grundlagen Frankreich die Stadt innerhalb 20 Jahren stillschweigend hätte erwürgen können. Erst die Verwerfung des Zonenabkommens in der Volksabstimmung hat Frankreich dazu gezwungen, seine wahren Absichten auf Genf zu enthüllen; heute ist die schweizerische Öffentlichkeit alarmiert und Frankreich die Verwirklichung seiner Absichten, wenn auch nicht verunmöglicht, so doch sehr erschwert. Im Tessin haben wir es infolge der allen Schwierigkeiten grundsätzlich ausweichenden Politik unseres Politischen Departements so weit gebracht, daß unser südlicher Nachbar seine Friedlichkeit und Unschuld an irgendwelchem tessinischen Irredentismus bezeugen kann, während die Schweiz vor aller Welt — und vor allem vor der italienischen Öffentlichkeit — als ständiger Unruhestifter dasteht, und unerlöste „Tessiner Jünglinge“ nach Befreiung vom helvetisch-germanischen Joch rufen. Frankreich fühle sich durch die Schweiz bedroht — sie habe imperialistische Absichten auf das ganze Genferseebecken —, schrieb kürzlich der Vizepräsident der französischen Kammerkommission für Auswärtiges, Farges, in der „Revue Hebdomadaire“; um dieser Bedrohung zu begegnen, habe Frankreich die Genfer Zonen aufheben müssen. Eines Tages kann sich aber auch der italienische Faschismus durch den tessinischen Sozialismus bedroht fühlen oder das italienische Volk kann es nicht mehr länger ertragen, die Hilferufe der „unerlösten“ Brüder im Tessin anzuhören. So wird das Ergebnis unserer heutigen Außenpolitik schließlich nicht nur das sein, daß wir um unentbehrliche Landes- und Gebietsteile kommen, sondern daß wir auch noch den Anlaß und Grund für deren Wegnahme gegeben haben sollen.

* * *

Wie gänzlich sich unsere politische Leitung als von der Gnade der augenblicklichen europäischen Vormacht abhängig empfindet, zeigt ihre Weigerung, dem aus der Mitte des Parlaments laut gewordenen Wunsche nach Aufklärung über die vom französischen Generalstab unter dem

Schutz des französischen Konsulats in Basel gegen Deutschland betriebene Spionage, zu entsprechen. Die Anfrage von Nationalrat Dufour (kath.-kons.) wurde, nachdem der unvorsichtige Interpellant auf die Unerwünschtheit seiner Anfrage „höheren“ Orts aufmerksam gemacht worden war, stillschweigend und unbeantwortet zurückgezogen; und die Beantwortung der daraufhin von sozialistischer Seite erneut erfolgten Anfrage ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Der Bundesrat, dem der Fall des französischen Hauptmanns d'Armont — um diesen handelt es sich — seit dem November vorigen Jahres bekannt ist, müsse, wie ein gouvernementales Blatt sich entschuldigend ausdrückte, eben zuerst die umfangreichen Akten studieren.

* * *

Viel Mut hat Herr Motta dagegen zweifellos bei der Schlechtmachung eines Mannes bewiesen, der es unternahm, Herrn Mottas Reise zu stören. Weh dem, der es wagt, den Deckel von einem Häfelein abzulüpfen, wenn dieser Deckel vom Politischen Departement gerade zu dem Zweck, daß das Häfelein gedeckt sei, darauf gelegt worden ist. Herr Motta hatte die Demission des schweizerischen Gesandten in Stockholm offiziell mit Gesundheitsrücksichten begründet. Im Nationalrat erkundigte sich Nationalrat Häuser etwas eingehender nach der Art der Krankheit des Gesandten und machte dabei auf einige Eigentümlichkeiten dieser Krankheit aufmerksam, was von Herrn Motta jeweils mit dem Zwischenruf „das ist nicht wahr“ beantwortet wurde. Als sich aber der Interpellant schließlich über den „Fall“ sehr gut unterrichtet zeigte, klammerte sich Herr Motta, um von der materiellen Berechtigung der Aufklärung, die die schweizerische Öffentlichkeit so über die Demission des Stockholmer Gesandten erhielt, abzulenken, an Formelles und entlud seine ganze Wut auf den „Denunzianten“, von dem der Interpellant seine Kenntnisse des Falles erhalten hatte.

Daß nach dem „System“ Motta ein allfällig bei seinen Vertretern vorhandener Mut sich nicht gegen das unsere Unabhängigkeit und Unversehrtheit bedrohende Ausland richtet, sondern mit Vorliebe an eigenen Landsleuten ausstobt, die es wagen, dem „System“ Opposition zu machen, werden wir demnächst festzustellen weiter Gelegenheit haben.

* * *

In der französischen Presse geht das Geplänkel gegen die Schweiz weiter. In dem schon oben erwähnten Aufsatz des Vizepräsidenten der französischen Kammerkommission für Auswärtiges, Farges, in der „Revue hebdomadaire“, ist von den „13 savoyischen Gemeinden“ die Rede, die 1816 an Genf gekommen waren, und „deren Wiederabtretung“ Frankreich 1860 bei dem Übergang Savoyens an Frankreich eigentlich „hätte verlangen sollen“. In der „Action française“ und im „Temps“ wird die französische Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland für seinen demnächstigen (?) Revanchekrieg einen Durchbruch durch die Schweiz plane und daß die Schweiz diese Verletzung ihrer Neutralität nicht zu verhindern vermögen werde. Die französische Öffentlichkeit wird aus diesem „bedrohlichen Zustand“ wohl die von den Artikelschreibern gewünschte Folgerung ziehen, daß Frankreich dieser Bedrohung gegebenenfalls zuvorkommen müsse. Der Berner Berichterstatter der „Information“ (vom 17. April) scheint an der „Italienerfreundlichkeit“ des Obersten Ganßer, des Kommandanten des Tessiner Regiments, den er als „einen bekannten Italienerfreund, der während des Krieges den Dienst zugunsten der italienischen Kriegsgefangenen leitete“, bezeichnet, Anstoß zu nehmen. Und als neuestes weiß der „Progrès de la Haute Savoie“ vom 27. April von angeblichen „genferischen und waadtländischen Reisen“ zu berichten, in denen sich „eine Bewegung abzeichne, um (im Zonenkonflikt) zu einem gangbaren Weg zu gelangen und wo man sogar so weit gehe, die Idee zu vertreten, den Zollgürtel außerhalb der Grenzen des Kantons Genf und Waadt zu verlegen. Genf und Lausanne von jeglicher Zoll-

fessel nach der Seite Frankreichs befreit, würde ein Geschehnis von einer Wichtigkeit bedeuten, die der allerwohlwollendsten Aufmerksamkeit wert wäre." Der Plan, den das von Bundesrat und Bundesversammlung angenommene, glücklicherweise aber am 18. Februar vorigen Jahres vom Volk verworfene Zonenabkommen im Keime erhielt, ist also noch nicht aufgegeben.

* * *

Um nun trotz all dieser Vorgänge sich in der Schweiz eine treue Gefolgschaft und eine ergebene öffentliche Meinung zu erhalten, läßt die französische Regierung, d. h. offiziell der französische Schriftstellerverein, dessen Mitglied der französische Ministerpräsident, Herr Poincaré, ist, „die schweizerischen Schriftsteller“ auf Mitte Mai zu einer dreitägigen „Feier“ zu ihren Ehren nach Paris ein. Laut einem Bericht der „Gazette de Lausanne“ befinden sich unter den Eingeladenen neben 21 Westschweizern, 2 Tessinern und 1 Rhätoromanen auch 6 Deutschschweizer, worunter Carl Spitteler, Meinrad Lienert, Siegfried Lang, Hans Bodmer, Josef Reinhard, Eduard Korrodi. Spitteler, so weiß die „Gazette de Lausanne“ weiter zu berichten, habe „seine Teilnahme in einem in köstlichem (délicieux) Französisch geschriebenen Brief vorbehalten, indem er hoffe, daß ihm in letzter Minute seine Kräfte gestatten, an dem Fest teilzunehmen“; unter den welschen Eingeladenen sei natürlich der in Paris wohnende Louis Dumur nicht vergessen.

Wir sind gespannt, wer aus der deutschen Schweiz Wert darauf legen wird, dem teuren Landsmann und Landesverräter Dumur in Paris die Hand zu drücken und anderseits sich die eigene Hand von Herrn Poincaré drücken zu lassen und derart von schweizerischer Ehr- und Würdelosigkeit Zeugnis abzulegen.

* * *

Zum vierten Mal jährt sich am 16. Mai ein schwarzer Tag in unserer Geschichte, an dem ein von der Kurzsichtigkeit, Schwächlichkeit und Eitelkeit seiner Staatsmänner irregeleitetes Volk mit schwachem Mehr den außenpolitischen Richtlinien einer vielhundertjährigen Überlieferung entlag und einen Schritt getan hat, der heute kaum mehr von seinen eifrigsten damaligen Verfechtern gerechtfertigt werden kann, der von Zahllosen, die ihn seinerzeit guthießen, bedauert wird, und aus dem unserem Lande vielleicht einmal schweres Unheil entsteht.

* * *

Sollte es nicht nachgerade Allgemeinut des öffentlichen Bewußtseins geworden sein, daß für die staatliche Existenz der Schweiz seit 1919 die Zeiten andere geworden sind, als sie in den friedlichen, verhältnismäßig ungestört verlaufenden hundert Jahren von 1815 bis 1918 waren und daß damit auch die Anforderungen, die die veränderten Verhältnisse an die Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten stellen, gewaltig gewachsen sind? In unsern Räten sitzen, verteilt auf die verschiedenen Parteien, eine ganze Anzahl tüchtiger, in außenpolitischen Fragen nicht unbewandelter Männer, die im Falle ihrer Berufung dazu sicherlich keine Zeit und Mühe scheuen würden, sich ihrer Aufgabe gewachsen zu zeigen. Wie lange soll es noch gehen, bis die Bundesversammlung diese Männer in eine parlamentarische Kommission für Auswärtiges delegiert? Es wird in der Außenpolitik immer Fragen geben, die sich nicht für die öffentliche und publizistische Erörterung eignen. Einzig eine solche parlamentarische Kommission als letzte Kontrollbehörde und beratende Instanz, ohne deren Einsicht und Zustimmung kein Schritt des Politischen Departements unternommen werden darf, bietet aber die Gewähr dafür, daß die Führung unserer Außenpolitik so geschehe, wie sie von der Mehrheit des Volkes gewünscht wird, und daß mit dem heillosen Dilletantismus und den unverantwortlichen Einflüssen, die heute die Außenpolitik der Schweiz bestimmen, endlich ein Ende gemacht wird.

Zürich, den 26. April 1924.

Hans Dehler.

Votum von Ständerat Böhi zum Bericht des Bundesrates über die IV. Völkerbundsession.*)

(Vom 2. April 1924.)

Herr Präsident, meine Herren!

Zu zwei Punkten des bundesrätlichen Berichtes über die IV. Session der V.-B.-Versammlung (V.-B. = Völkerbund) möchte ich mir auch einige Worte erlauben, nämlich zum italienisch-griechischen Konflikt und zum Garantiepakt. Dabei werde ich in Bezug auf den ersten Punkt die Zurückhaltung beobachten, die unter den heutigen Verhältnissen als geboten erscheint.

Der Herr Kommissionspräsident erklärte in seinem Referate, befriedigend sei beim italienisch-griechischen Konflikte die Vermeidung des Krieges gewesen, weniger befriedigend dagegen die ohne Urteil eingetretene Erledigung des Streites.

Nach meiner Ansicht war nicht nur die Erledigung, sondern vor allem die Art und Weise der Entstehung des Konfliktes eine schwere Enttäuschung, eine Enttäuschung zunächst wohl für die Freunde des Völkerbundes, aber auch für die Gegner, ich will nicht sagen des Völkerbundes — ich selber bin kein solcher —, sondern für die Gegner des Beitrittes der Schweiz zum Völkerbunde.

Nach dem V.-B.-Vertrage verpflichten sich die Kontrahenten, bei ausbrechenden Konflikten nicht sogleich zum Kriege zu schreiten, also nicht sogleich zu Waffengewalt und Blutvergießen Zuflucht zu nehmen. Der italienisch-griechische Konflikt ist aber ein Beweis dafür, wie wenig noch der Geist des V.-B. in die Mentalität der Völker und ihrer Regierungen Eingang gefunden hat.

Wenn die vierte V.-B.-Versammlung es sich zum Verdienste anrechnet, durch ihren moralischen Einfluß noch Schlimmeres, als was bereits geschehen, nämlich den Ausbruch eines offenen Krieges, verhütet zu haben, so will ich dieses Verdienst gerne anerkennen. Allein im Grunde genommen war die Beilegung des Konfliktes doch wohl mehr die Folge der Schwäche und der dadurch bedingten Nachgiebigkeit der einen Partei, als ein Triumph der Grundsätze des Völkerbundes und des Rechtes.

Wirkliche Befriedigung können wir nur darüber empfinden, daß die Tatsache der Erledigung des Konfliktes uns davor bewahrte, für den V.-B.-Vertrag durch Teilnahme an allfälligen Sanktionen uns einsetzen zu müssen. Materiell ging der Konflikt uns gar nichts an; er war für uns ein „fremder Handel“; denn der Mord von Janina spielte ja „hinten weit in der Türkei“. Nur zufolge unserer Solidarität mit dem Völkerbunde erlangte der Konflikt auch für uns Bedeutung und hätte er unter Umständen für uns sogar sehr verhängnisvoll werden können. Man denke an den Fall, daß der V.-B. gegen unseren südlichen Nachbar Sanktionen ergriffen hätte und wir bei diesen — wenn auch nur wirtschaftlich — hätten mitmachen müssen. Was das bei unserer geographischen und sonstigen Lage bedeutet hätte, will ich nicht weiter ausführen. Wir hätten unser vielgepriesenes Mitspracherecht im Völkerbund vielleicht teuer bezahlen müssen, und die Tatsachen hätten vielleicht doch denjenigen Recht gegeben, welche seinerzeit fanden, es wäre für die Schweiz die bessere Politik, dem V.-B. nicht beizutreten, sondern ihre gute, alte, absolute Neutralität beizubehalten.

*) Anmerkung der Schriftleitung: Da die Verhandlungen des Ständerates über den bundesrätlichen Bericht über die IV. Völkerbundsversammlung nicht stenographisch aufgenommen worden sind und die Presse nur auszugsweise darüber berichtet hat, haben wir Herrn Ständerat Böhi um die schriftliche Niederlegung seiner in Bern gemachten Ausführungen, die eine weitere Öffentlichkeit interessieren dürften, ersucht.

Wenn die Völkerbundsjuristen oder Professoren des Völkerrechtes — ich habe Herrn Bundesrat Motta in diesem Punkte vielleicht mißverstanden — die Theorie vertreten sollten, daß ein Staat für Verbrechen, die auf seinem Gebiete begangen werden, schlechtthin verantwortlich und daß eine gewaltsame Pfandergreifung, sogar verbunden mit Bombardement und Tötung wehrloser Menschen, keine Kriegshandlung sei, so müssen wir vom Standpunkte der Schweiz aus eine solche Theorie ablehnen. Es kann ja vielleicht Verbrechen geben, für die den Staat eine gewisse Mitschuld und daher auch Verantwortlichkeit treffen mag; das wird aber nicht die Regel, sondern das werden Ausnahmefälle sein. Die Schweiz hat mit ihrem Asylrecht alle Veranlassung, keine zu weitgehende Verantwortlichkeit des Staates für Verbrechen anzuerkennen.

Im Jahre 1898 wurde in Genf oder am Genfersee die Kaiserin Elisabeth von Österreich ermordet. Niemand machte damals die Schweiz für diesen Mord verantwortlich, und, obschon damals noch kein Völkerbund existierte, fiel es Österreich nicht ein, zur Vergeltung mit seiner Kriegsmacht das st. gallische Rheintal zu besetzen und dasselbe als Pfand für die von der Schweiz zu leistende Sühne zu ergreifen. Im Falle Konrads, der noch frisch in unser Aller Erinnerung steht, wollte die russische Sowietregierung freilich die Schweiz für das Verbrechen verantwortlich erklären; allein gegen dieses neue Völkerrecht müssen wir uns entschieden ablehnend verhalten.

Und nun der Garantiepakt oder „der Vertrag wechselseitiger Hilfeleistung“, wie der offizielle Name lautet. Er liegt freilich erst in einem provisorischen Entwurfe vor; aber man sieht daraus doch, wie er im Großen und Ganzen gedacht ist.

Mit dem Buchstaben des V.-B.-Vertrages ist der Garantiepakt vielleicht nicht im Widerspruch, wohl aber mit dem Sinn und Geiste desselben und vorab mit der Meinung, in der das Schweizervolk dem V.-B. beiträt.

Man glaubte, die Autorität und das Ansehen des Gesamtvölkerbundes sollten an Stelle der früheren Separatallianzen treten, diese überflüssig machen und die militärische Abrüstung ermöglichen. Separatallianzen sind eine Gefahr für den Frieden, heißen sie nun Dreibund, große oder kleine Entente oder wie immer.

Zweifellos liegt es nicht in der Kompetenz des Völkerbundes, Separatallianzen zu verbieten oder zu verhindern, auch nicht unter den Staaten, die Mitglieder des V.-B. sind. Wenn solche Staaten Separatallianzen schließen, so mag man das bedauern; rechtlich beanstanden kann man sie wohl nicht.

Anders verhält es sich mit einer Separatallianz, die innerhalb des V.-B., unter der Ägide und dem Schutze des V.-B., geschlossen werden will. Der Rat des V.-B. ist und soll nur sein Organ des V.-B. und nicht zugleich Organ eines Sonderbundes, der nicht alle Völkerbundsmitglieder umfaßt.

Der projektierte Garantievertrag will nun aber dem Räte des V.-B. eine ganze Reihe höchst wichtiger Kompetenzen übertragen.

Art. 4 bestimmt: „Im Fall, daß einer oder mehrere der vertragschließenden Teile in Feindseligkeiten verwickelt wären, muß der Rat in einer viertägigen Frist von dem Tage an gerechnet, an dem der Generalsekretär in Kenntnis gesetzt worden ist, erklären, wer von den Vertragschließenden Opfer eines Angriffs ist, und ob er das Recht besitzt, den durch den Vertrag vorgesehenen Beistand zu fordern.“

Nach Art. 5 kann der Rat im Besonderen:

„a) entscheiden, daß auf den angreifenden Staat die durch Art. XVI des V.-B.-Vertrages vorgesehenen wirtschaftlichen Sanktionen sofort in Anwendung kommen, wobei indessen nur dann Mitglieder des V.-B., welche diesen Vertrag nicht unterzeichnet haben, durch eine solche Entscheidung gebunden sein können, wenn der angegriffene Staat Grund hat, sich auf die Artikel des Paktes zu stützen;

- b) die Vertragsschließenden bezeichnen, deren Beistand er bedarf;
- c) für jeden beistehenden Staat die zur Verfügung zu stellenden Streitkräfte bestimmen;
- d) alle Maßnahmen treffen, um die Priorität der Verbindungen und Transporte bei den Operationen zu sichern;
- e) einen finanziellen Kooperationsplan zwischen den Vertragsschließenden vorbereiten, um den angegriffenen und den beistehenden Staaten die für die Operationen nötigen Gelder zu verschaffen;
- f) den Oberkommandierenden ernennen und Zweck und Wesen seiner Mission bestimmen."

Das sind die außerordentlich weitgehenden Kompetenzen des Rates, der in Personalunion zugleich Völkerbundsrat und Sonderbundsrat sein müßte!

In der Einleitung des Garantiepaktes heißt es:

"Die hohen Vertragsschließenden erklären, daß der Angriffskrieg ein internationales Verbrechen bedeutet, und verpflichten sich feierlich, sich eines solchen Verbrechens nicht schuldig zu machen.

Ein solcher Krieg wird nicht als ein Angriffskrieg betrachtet, der von einem Staat, der in eine Streitfrage verwickelt ist und die einstimmige Empfehlung des Rates, das Urteil des Ständigen Internationalen Gerichtshofes oder den Schiedsspruch angenommen hat, gegen einen Vertragsschließenden gerichtet ist, welcher eine solche Entscheidung nicht angenommen hat, vorausgesetzt, daß der erstere Staat nicht die politische Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit des Vertragsschließenden verleiht."

Nach Art. 8 können die Signaturmächte der Zusatzabkommen sich verpflichten,

"in den darin vorgesehenen Angriffsfällen den Beistandsplan sofort zur Ausführung zu bringen. In diesem Falle müssen sie unverzüglich den Völkerbundsrat von den festgelegten, von ihnen in Ausführung dieser Abkommen getroffenen Maßnahmen in Kenntnis setzen."

Aus den zitierten Bestimmungen geht hervor, daß der Garantiepakt den Begriff des „Angriffskrieges“ definiert oder vielmehr ganz erheblich einschränkt, indem er — mit nicht gerade vorbildlicher Klarheit — sagt, welcher Angriffskrieg nicht als Angriffskrieg betrachtet werde, obschon er eigentlich ein solcher ist. Der Art. 8 hat wohl kaum einen anderen Sinn, als daß er „in den darin (d. h. in den Zusatzabkommen) vorgesehenen Angriffsfällen“ zu sofortigem Vorgehen ermächtigt. Wenn das der Sinn des Art. 8 ist, dann steht er im Widerspruch mit Art. 12 des V.-B.-Vertrages, wonach die V.-B.-Mitglieder übereinkamen, „in keinem Falle vor drei Monaten nach dem Schiedsspruch oder dem Bericht des Rates zum Kriege zu schreiten."

Sei dem aber, wie ihm wolle, jedenfalls dürfte die Definition des „Angriffskrieges“ nur Sache des Gesamtvölkerbundes und nicht Sache der Kontrahenten des Garantiepaktes, auch nicht Sache des V.-B.-Rates, sein.

Mit dem Begriff des Angriffskrieges sind sehr verhängnisvolle Konsequenzen verbunden, Sanktionen, deren Folgen von allen Mitgliedern des V.-B. zu tragen sind. Überhaupt aber können sich aus dem Verhältnis des Garantiepaktes zum V.-B.-Vertrag und aus der Doppelstellung des Rates als oberstem Organ der Garantiepaktkontrahenten und des Völkerbundes schwierige Komplikationen ergeben.

Es kann wohl nicht in der Befugnis einer Gruppe von Mitgliedern des V.-B. liegen, durch einen Garantiepakt die Lage der andern Mitglieder zu erschweren, und deshalb würde es mir richtiger scheinen, wenn die Schweiz, wie dies auch Italien getan, grundsätzlich gegen den Abschluß eines Garantiepaktes innerhalb und unter

dem Patronate des V.-B. stimmen und nicht bloß der Stimme sich enthalten würde.

Zur politischen Lage.

Das Stehaufmännchen. — Mac Donalds Politik. — Balkanpolitik. — Das faschistische Parlament. — Reichstagswahlen.

Als Stehaufmännchen bildet der neueste „Rebelspalter“ Herrn Poincaré auf seinem Titelblatte ab. Der Vergleich ist gar nicht übel. Man vergewärtigt sich nur einmal die ersten Monate dieses Jahres! Mit welcher Schadenfreude oder welcher Unruhe, je nach dem Standpunkte des Zuschauers, hat man damals dem scheinbar unvermeidlichen Ende der Herrschaft Poincarés und des Nationalen Blockes in Frankreich entgegengesehen. Der Frankensturz vollzog sich unaufhörlich und bereits kam es zu den sprunghaften Preissteigerungen und den darauffolgenden Teuerungskrawallen und Lohnbewegungen. Demgegenüber stand die wie durch ein Wunder gefestigte Rentenmark. Langsam wurde auf der einen Seite die durch den Währungsverfall außer Rand und Band geratene deutsche Wirtschaft und der deutsche Staatshaushalt wieder eingereckt und ebenso langsam, aber sicher zersetzte sich auf der Gegenseite Wirtschaft und Finanzwesen. Das Ganze wickelte sich unter der wohlwollenden Nachhilfe englischer, amerikanischer und deutscher Finanzkreise ab. Es hing eng mit dem internationalen Ringen zwischen Frankreich und England zusammen. Es sollte die Ergebnislosigkeit der ganzen Poincaré'schen Außenpolitik mit dem Ruhreinfall und der gewaltsamen Aufrichtung einer französischen Herrschaft auf dem europäischen Festlande versinnbildlichen. Dazu kamen einige empfindliche Rückschläge der französischen Ostpolitik. Herr Benesch, der Hauptverfechter der französischen Politik auf dem vergrößerten Balkan, erlebte auf der Belgrader Konferenz der kleinen Entente eine üble Überraschung. Südslawien zog in seinen innern und äußern Schwierigkeiten eine vorübergehende Einigung mit Italien vor und Rumänien verhielt sich ebenfalls den französischen Wünschen nach einer festern Ausgestaltung des Bündnisses gegenüber sehr kühl. Überall also mehr oder weniger offensichtliche Mißerfolge und dazu in weiten Teilen der Welt, zu denen auch die Schweiz ganz überwiegend gehörte, eine sehr schlechte Presse. Das alles verhalf der innern Gegnerschaft Poincarés zu einem starken Auftrieb. Der Ansturm gegen ihn setzte denn auch mit Macht ein. Seine Innen- und Außenpolitik mußte sich die schärfste Kritik gefallen lassen. Das mußte bei den so nahe bevorstehenden Wahlen allerdings für den Ministerpräsidenten sehr gefährlich erscheinen. Und so sah man ihn denn auch an vielen Orten schon als lebenden Leichnam an und verfolgte die Anstrengungen des so bitter gehaßten Mannes mit einer gewissen wohlwollenden Neugier, die ungefähr besagte: Zapple nur noch kräftig, es nützt dir doch nichts!

Und jetzt! Es zeigte sich, daß der Lothringer immer noch über die alte Zähigkeit und Energie und die außerordentliche Geschicklichkeit verfügte. Die Maßnahmen zur Einrenkung des verfahrenen Staatshaushaltes wurden in den Kammern rücksichtslos durchgepeitscht. Dadurch wurde die Grundlage für das rettende Eingreifen der alten, oft bewährten Freunde in der englischen und amerikanischen Finanzwelt geschaffen. Der Franken stieg sprunghaft und steigt immer noch. Dieser entscheidenden Wendung folgten eine Reihe weiterer geschickter Schachzüge. Das Kabinett wurde umgebildet. Leute von der Rechten wurden ausgeschifft, in der sichern Annahme, daß diese Gruppen doch gar nichts anderes tun können, als Poincaré unterstützen. Dafür wurden Glieder der schwankenden Mitte oder der Linken unter die Mitarbeiter aufgenommen. Damit waren neue Anhänger gesichert. So wurde die Stellung im Innern gefestigt. Nach außen erfolgte die geschickte Ausnützung des russischen Druckes auf Rumänien und dadurch der Abschluß des französisch-rumänischen Bündnisses. Eines mit Südslawien wird wahrscheinlich folgen. Damit ist die französische Ostpolitik wieder um einen wichtigen Schritt vorwärts gekommen. Und

schließlich zeigte es sich, daß die französische Staatskunst auch bei der in Paris tagenden Sachverständigenkommission nicht vergeblich tätig gewesen war. Die Vorschläge fielen für Frankreich gar nicht so unerwünscht aus, wie man eine Zeit lang hätte glauben können. Also eine ununterbrochene Kette von Erfolgen nach Außen. Heute steht das Kabinett Poincaré fester da als seit langem. Es kann den Wahlen ruhig entgegensetzen. Es hat ja noch ein übriges getan und sie unmittelbar nach den Reichstagswahlen angelegt, um auch deren Ausgang noch verwerten zu können. Und diese Maßregel wird sicher noch nicht die letzte gewesen sein, um die nationalen Instinkte Frankreichs aufzupeitschen!

Wie werden nun wohl die Wahlen von Anfang Mai ausfallen? Werden die Franzosen wirklich das erfolgreiche Kabinett und die Parteien des nationalen Blocs mit ihrer traditionellen imperialistischen Politik verleugnen? Werden sie den durch die mannigfachen Nöte und Mißstände geförderten Linksparteien von den Kommunisten bis zu den Radikalen sich zuwenden? Darauf eine bestimmte Antwort zu geben, ist unmöglich. Noch geht es drei Wochen bis zu den Wahlen; da kann und wird noch mancherlei geschehen, das auf das Ergebnis einen Einfluß ausüben wird. Dazu hängt bei dem französischen Wahlsystem und dem schwankenden Parteiwesen sehr viel von örtlichen Stimmungen und Strömungen ab, die man von Außen gar nicht einschätzen kann. Wahrscheinlich wird die Linke Stimmen gewinnen. Es ist ja eine ganz natürliche Erscheinung, daß eine längere Zeit an der Regierung gewesene Mehrheit Verluste an die Opposition erleidet. Wie weit das aber gehen wird, ist ganz unsicher. Es erscheint mir unwahrscheinlich, daß die Zusammensetzung der Kammer sich so verändern wird, daß die jetzige Regierung verschwinden müßte.

Eines ist auf jeden Fall sicher. Die französische Außenpolitik wird in ihrer ganzen Grundeinstellung keine Änderung erfahren, mögen nun die Wahlen so oder so ausfallen. Dazu ist sie zu alt hergebracht, zu sehr der Stimmung und auch den Bedürfnissen der Bevölkerung angepaßt und — heute — auch zu stark festgelegt. Das gilt für das Verhalten gegenüber der Schweiz ebenfalls.

* * *

Wie steht demgegenüber der englische Premier da? Er macht gerade die recht schwierige Zeit eines Anfängers durch, nicht nur er allein, sondern alle seine Mitarbeiter und seine gesamte Partei. Das heißt natürlich nicht, daß Mac Donald ein politischer Anfänger sei, sondern eben nur ein Neuling in den umfassenden Aufgaben und Pflichten, die sein hohes Amt mit sich bringt. Allein bis sich die neuen Leute rein technisch in ihre Ämter hineingefunden haben, bis sie die nötigen Personalkenntnisse u. s. w. besitzen, muß eine geraume Zeit vorübergehen. In dieser Zeit können natürlich keine überwältigenden Taten geschehen. Das ist bei jeder neuen Regierung so. Und in England kommt nun noch dazu, daß sich das Kabinett auf eine Minderheit in den beiden Kammern stützen muß und beständig auf die Gnade einer fremden Partei angewiesen ist. Schließlich ist es ja bekannt genug, daß Mac Donald mit einer erheblichen Gegnerschaft in der eigenen Arbeiterpartei zu rechnen hat. Nimmt man das alles zusammen, so wird man sich nicht wundern, daß die Arbeiterregierung bis jetzt noch recht wenig Taten hat sehen lassen. Aber das begreifen die breiten Massen gewöhnlich nicht. Von einer ganz neuen Regierung erwarten sie auch gleich Taten. Wenn diese aber auf sich warten lassen, so greift sehr rasch Enttäuschung um sich. Das kann man heute schon in England und auf der ganzen Welt genau feststellen.

Sehen wir einmal, wie weit das sachlich begründet ist. Mac Donald hat bei der Regierungsübernahme als seine Hauptaufgabe die Herstellung eines wirklichen Friedenszustandes in der Welt bezeichnet. Das entspricht einmal seiner pazifistischen Denkweise und soll andererseits die schwierige Wirtschaftslage Englands dauernd verbessern. Als englischer Ministerpräsident kann er aber selbstverständlich diese Politik nur unter der Wahrung aller Interessen seines Weltreiches verfolgen. Die erste und hauptsächlichste Etappe zur Erreichung seines Zieles bildet für Mac Donald die Herstellung eines erträglichen Ausgleiches zwischen Frankreich und Deutschland. Oder mit andern Worten gesagt, auch

der Arbeiterführer muß selbstverständlich auf irgend eine Weise die unersättliche französische Politik in Schranken zu halten suchen, vor allem auch im Interesse seines eigenen Landes. Er muß Deutschland eine gewisse Existenzmöglichkeit sichern. Mac Donald sucht sein Ziel auf dem Wege einer Verständigung mit Frankreich zu erreichen und dabei die Wirtschaftsinteressen der ganzen Welt mobil zu machen. Deshalb das Sachverständigengutachten, das das Sprungbrett zur Lösung bieten soll. Wir haben hier das erste greifbare Ergebnis der Mac Donald'schen Politik. Es soll nun hier nicht untersucht werden, wie weit es wirtschaftlich durchgeführt werden kann. Die ganze wirtschaftliche Ausführung hängt ja ab von der politischen Lage, von den politischen Bedingungen, die Frankreich stellen wird, und von der Aufnahme dieser Bedingungen in Deutschland. Die eigentlichen Schwierigkeiten beginnen erst in den jetzt bevorstehenden Verhandlungen. Man kann also über den Erfolg oder Mißerfolg der Außenpolitik des Arbeiterkabinetts hier noch kein Urteil abgeben. Er muß sich erst noch erweisen. Ein gutes Vorzeichen für den Ausgang bildet allerdings die Entwicklung in Frankreich nicht.

Unterdessen ist in anderer Richtung eine für das Geschick des britischen Weltreiches vielleicht folgenschwere Entscheidung gefallen. Mac Donald hat auf den Ausbau Singapurs zur großen Flottenbasis verzichtet. Diese bezweckte eine Sicherung des englischen Reiches in den ostasiatisch-australischen Gewässern, die besonders seit der Aufgabe des Bündnisses mit Japan dringlich geworden war. Vor allem die großen australischen Dominions wünschen ihn dringend. Den Abrüstungsideen zuliebe hat die Arbeiterregierung darauf verzichtet. Australien und Neuseeland haben scharf Verwahrung gegen die Aufhebung eines Beschlusses der letzten Reichskonferenz eingelegt. Die Zukunft muß lehren, was daraus noch entstehen wird.

Fast gleichzeitig ist der getreueste Helfer der jetzigen englischen Politik in den Kolonien, Smuts, gestürzt. Hier hebt sich immer deutlicher eine Koalition der Buren und der Arbeiterpartei hervor, die vielleicht in naher Zukunft England auch in Südafrika vor schwierige Fragen stellen wird. Hält man damit die fortwährenden Unruhen in Indien, Ägypten, Palästina, Mesopotamien u. s. w. zusammen, so gewinnt man eine Ahnung von der Größe und verwirrenden Mannigfaltigkeit der Aufgaben, die die britische Politik zu bewältigen hat. Das bildet ja gerade ihre Hauptschwäche gegenüber der zielbewußten, konzentrierten Politik Frankreichs.

* * *

Schon früher habe ich in dieser Rundschau darauf hingewiesen, wie außerordentlich rasch sich alle politischen Gruppierungen im Staatengewimmel des großen Balkans verschieben. Davon hat man in jüngster Zeit wieder genügend Beispiele erlebt. Zuerst das überraschende Ergebnis der Belgrader Konferenz: Das südslawisch-italienische Übereinkommen einerseits, das Abbrechen Rumäniens von Frankreich andererseits. Nun taucht plötzlich der fast vergessene russische Kolosß im Hintergrund wieder auf, erinnert sehr vernehmlich an seine nie aufgegebenen Ansprüche auf Bessarabien und stülpt dadurch augenblicklich alles wieder um. Rumänien sucht sofort von neuem Anschluß an Frankreich, der ihm auch bereitwilligst gewährt wird. Das französische System im Osten wird dadurch wieder vollständig. An dieser Entwicklung hat aber wiederum Südslawien keine große Freude und innerhalb der kleinen Entente entsteht so wieder eine kleine Abkühlung, bis morgen oder übermorgen. Das Ganze ist ein Akt in dem endlosen dort unten abrollenden Schauspiel, aber einer, der für den Westen seine bedeutungsvollen Nachwirkungen haben kann. Er erinnert auch daran, daß man das große Rußland immer im Auge behalten muß und jederzeit von dort Überraschungen erwarten kann.

Bei dieser Gelegenheit sei auf zwei kleine, aber bezeichnende Beispiele balkanischer Staatskunst aufmerksam gemacht. In Südslawien ist das Ministerium Pasitsch wieder einmal am Ende angelangt; es werden jedenfalls Neuwahlen erfolgen. In dem Parteigezänk hat sich nun dem allgewaltigen Pasitsch auch die deutsche Parlamentspartei, die Vertretung der 700,000 Deutschen in

Südslawien, nicht so willfährig gezeigt, wie dieser es wünschte. Flugs hebt er einfach den großen, in Hunderten von Ortsgruppen verbreiteten „Deutschen Kulturbund“ auf! Dieser hat natürlich mit Politik nichts zu tun, aber das hat im Balkan unten nichts zu bedeuten. Recht und Gesetz besteht ja da nicht. Die Deutschen aber verlieren ihren einzigen, mit endloser Mühe geschaffenen Verein zur Pflege ihrer kulturellen Angelegenheiten.

Auf der andern Seite versucht die famose „liberale“ Regierung des rumänischen Nachbarn gerade jetzt das gesamte Schulwesen der Minderheiten, allen internationalen Verträgen zuwider, einfach zu vernichten. Aber das wird beileibe nicht klar und deutlich gehen, sondern auf allen möglichen Umwegen und Hintertürchen! Auch das ist so bezeichnend für die balkanische Staatskunst. Es ist sehr bedauerlich, daß auch Rumänien, das sich durch eine verhältnismäßig gute Behandlung seiner Minderheiten auszeichnete, sich nun auf diesen Weg begibt, der dem Staate auf keinen Fall förderlich sein kann. Und das gerade angesichts der russischen Gefahr, wo man auf alle Teile der Bevölkerung angewiesen ist. Es ist unbegreiflich, aber doch für das grenzenlose Durcheinander dort unten bezeichnend.

* * *

In Italien sind die Wahlen vorbei. Ihr leicht vorauszusehendes Ergebnis ist das faschistische Parlament. Mussolini hat kein Mittel unbenutzt gelassen, um zu diesem Ziele zu kommen. Er hat durch sein neues Wahlgesetz auch für den Fall vorgesorgt, wo seine Partei nur einen Viertel aller Stimmen gewinnen würde. Es war unnötig. Er hätte die jetzt gewonnene Mehrheit selbst bei der Anwendung des reinen Verhältnisverfahrens erhalten. Fast zwei Drittel aller Stimmen sind den Faschisten zugefallen. Damit ist doch der Beweis geführt, daß das italienische Volk hinter der gegenwärtigen Regierung steht. Man mag da von Wahlbeeinflussung u. s. w. sprechen; das war doch in Italien immer der Fall. Nun wird Mussolini in aller Ruhe sein inneres Gesundungsprogramm weiter durchführen und in der Außenpolitik auf Großitalien hinarbeiten können. In dieser ist es immer noch auffällig still. Mussolini hat in den schwebenden Fragen sich nicht festlegen lassen, sondern behält sich von Fall zu Fall freie Hand vor.

Die italienischen Wahlen haben aber auch gezeigt, wie die wahre Stimmung in Deutsch-Südtirol ist. 40.000 Stimmen hat die deutsche Liste vor drei Jahren erhalten, dieses Mal trotz aller faschistischen Gegenarbeit 35.000! Es werden wieder zwei deutsche Abgeordnete im römischen Parlamente sitzen. So war die selbst in der heutigen Zeit beispiellose Gewaltherrschaft in Südtirol doch fast wirkungslos.

* * *

Bei alle dem Getriebe ist Deutschland eigentlich bloß Objekt. Es schenkt all den Vorgängen in der großen internationalen Politik verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit, trotzdem dort um sein eigenes Fell gemarktet wird. Und das bißchen Interesse, das dem Auslande noch gewidmet wird, beschränkt sich hauptsächlich darauf, etwas herauszufischen, mit dem man dem innern Gegner eins anhängen kann. Innerpolitik ist eben Trumpf. Der Kampf der Parteien tobt heute so heftig, wie noch kaum je. Er hat so verwickelte Formen angenommen, daß dem außenstehenden Beobachter alles nur noch wie ein unentwirrbares Durcheinander erscheint. Alle Parteien befinden sich in mehr oder weniger großer Zersetzung, jeder Tag sieht neue Gruppen und Grüppchen entstehen. Und der Höhepunkt wird doch erst in den nächsten Wochen, bis zu den Reichstagswahlen, erreicht werden.

Und doch wird man bei genauerer Betrachtung finden, daß alle diese Merkwürdigkeiten, die man heute in Deutschland hören und sehen kann, im Grunde nur der Ausdruck für das Gefühl sind, daß jetzt der entscheidende Kampf um die Macht eingesetzt hat. Ich habe auf diese in der Schweiz wenig beachtete und fast durchweg falsch eingeschätzte Entwicklung schon oft hingewiesen. Der furchtbare Druck von Außen, die fortgesetzte Reihe von Demütigungen und Quälereien, die unendlichen persönlichen Schäden, die fast

jeder einzelne Deutsche in den letzten Jahren erdulden mußte, haben ihre natürliche Wirkung gehabt: Es ist ein immer schärferer Nationalismus entstanden. Immer weitere Kreise der Bevölkerung und schließlich auch Teile der Arbeiterschaft sind von ihm ergriffen worden. Ihre Auswirkung hat diese Strömung in der Entstehung und dem laminenartigen Anschwellen der sog. „Vaterländischen Verbände“ gefunden. Die politische Wirkung bestand im Anwachsen der sogenannten „Rechtsparteien“ der Deutschnationalen und der Völkischen. Bei uns bezeichnet man die Bewegung vielfach noch als monarchistisch; das ist vollständig falsch, der monarchistische Einschlag wird zusehends geringer! Andererseits hört man sie häufig auch faschistisch nennen. Auch das ist nur begrenzt richtig. Vom italienischen Faschismus ist das alles so weit verschieden, wie es die beiden Völker sind. Am besten nennt man sie einfach national und — antisemitisch. Die Bewegung hat ins Parteileben überall eine große Unsicherheit gebracht. Sie macht sich durchweg fühlbar, unangenehm fühlbar. Deshalb das unglaubliche Durcheinander. Wo die Sache hinausgehen wird, ist heute noch nicht zu erkennen. Sichere Formen hat sie noch keineswegs gefunden.

Im Verlaufe der letzten anderthalb Jahre ist das alles eigentlich erst allgemein sichtbar geworden. Es ist die Zeit seit dem Ruhreinfalle, es ist die unmittelbare Wirkung der Politik Poincarés. Die in den letzten Monaten stattgefundenen Wahlen waren sozusagen der Barometer der Bewegung. Im roten Thüringen und Sachsen in Mitteldeutschland, in Mecklenburg und Danzig, dann in Potsdam im Norden oben, schließlich in Bayern konnte der abgelesen werden. Überall die gleiche Erscheinung: Rückgang der Sozialisten überhaupt unter gleichzeitiger starker Zunahme der Kommunisten, Rückgang der bürgerlichen Mitte, Zentrum und liberale Gruppen, Anwachsen der Deutschnationalen und gewaltiges Anschwellen der neuentstandenen Völkischen. In den verschiedenen Landesgegenden war die Erscheinung noch verschieden stark, vorhanden war sie überall. Überrascht hat bei uns der bayerische Wahlausgang, er war aber nur ein besonders bezeichnendes Zeichen der Zeit.

Nun muß man bedenken, daß bis vor ganz kurzem die Parteien, die Verbände, die Zeitungen und Zeitschriften der „Völkischen“ fast durchweg verboten waren, daß also ihre Tätigkeit unter außerordentlichen Schwierigkeiten vor sich ging. Und trotzdem ist die Bewegung so stark geworden, daß offenbar die Befürchtung besteht, sie werde bei den kommenden Reichstagswahlen so stark sich erweisen, daß sie nachher berücksichtigt werden muß. Es kann sich bei der ganzen Sachlage unmöglich um die Eroberung der Mehrheit durch die Nationalisten handeln, sondern einzig und allein darum, daß sie so stark werden, daß sie auf die Regierung einen Einfluß haben müssen. Das war ja jetzt nur in Ausnahmefällen möglich.

Diese Befürchtungen und auf der andern Seite Hoffnungen machen die verzweifelte Anstrengungen aller Parteien verständlich. Es geht ja nicht nur um Sitze im Reichstag und in den verschiedenen Landtagen. Es handelt sich vielmehr um den Einfluß auf die Besetzung der vielen Tausende von Beamtenstellen, bei deren Bestellung politische Gründe maßgebend sind. Für Tausende und Abertausende geht es um Amt und Brot. Dazu kommt eben die Tatsache, daß in diesem innerpolitischen Kampfe auch um die Führung der Außenpolitik gerungen wird. Deshalb die maßlose Erbitterung. Davon erhalten wir einen Vorgeschmack in unserer Presse. Deutsche Korrespondenten aller möglichen Art verfechten hier ihre Parteistandpunkte mit der größten — Ungeniertheit. Das mag teilweise auf die Taktik der gefährdeten Parteien zurückzuführen sein, das Ausland gegen ihre innern Gegner mobil zu machen. Man sucht deshalb den Leuten im Ausland möglichst das Gruseln vor der innern Entwicklung Deutschlands beizubringen. Bewußt oder unbewußt gehen auch manche unserer Blätter, wie besonders viele englische Zeitungen, darauf ein. Diese Stimmen werden dann in Deutschland im Wahlkampf wieder verwendet, um den Bürgern klar zu machen, daß eine Stimmabgabe für die „Rechtsparteien“ eine Katastrophe für die deutsche Außenpolitik mit sich bringen müßte.

Ich glaube an all das ganz und gar nicht. Erstens werden die Nationalisten die Mehrheit nicht erlangen und zweitens werden auch sie, wenn sie die Verantwortung mittragen, die einmal gegebenen Tatsachen berücksichtigen müssen. Im übrigen zeigt die ganze Sache nur, wie sehr die Deutschen heute noch lieben, ihre Hände im Auslande auszutragen und die innere über die äußere Politik zu stellen. Dem Auslande aber muß die Entwicklung in Deutschland zeigen, wie falsch die bisher befolgte — die französische — Politik war. Das hat auch Mac Donald festgestellt.

Wie werden nun die Reichstagswahlen ausfallen? Sie werden jedenfalls einen Rückgang der sozialistischen Stimmen bringen. Innerhalb der Sozialdemokratie wird die Mehrheitspartei starke Verluste erleiden, die Kommunisten dagegen werden sich mindestens verdoppeln. Die bürgerliche Mitte wird kaum ungeschwächt davonkommen. Das Zentrum dürfte seinen eisernen Bestand behaupten, vielleicht einige Mandate verlieren. Die Demokraten werden als die hauptsächlich Juden in ihren Reihen zählende Partei auch zusammenschmelzen. Den größten Rückgang wird aber die Partei Stresemanns erleben, da sie innerlich ganz zerrissen ist. Die Deutschnationalen werden erheblich gewinnen, die Völkischen werden jedenfalls bedeutend stärker als die Demokraten in den Reichstag einziehen. Die genauen Stärken sind selbstverständlich nicht abzuschätzen. Vor allem weiß man nicht, wie das besetzte Gebiet wählen wird, wo die Rechtsparteien kaum werben können.

Über die Aussichten des neuen Reichstages, die Folgen im Innern und in der Außenpolitik wird man sich erst nach der Wahl ein Bild machen können.

U r a u, den 23. April 1924.

S e k t o r A m m a n n.

Englischer Brief.

Der Dawesplan; seine Schatten- und Lichtseiten. Frankreichs Haltung zu ihm. Mac Donald über die Aussichten seines „Settlement“; die russisch-englischen Unterhandlungen.

J. M. Keynes, der erste Sachverständige im Lager der Alliierten, der den wirtschaftlichen Wahnsinn des „karthagischen“ Friedens vor aller Welt geißelte und der mehr als irgend ein anderer dazu beitrug, der englisch-sprechenden Welt ein Licht über ihn aufzustecken, hat zum ersten Mal ein relativ günstiges Urteil über eine alliierte Arbeit zur Lösung des sogenannten Reparationsproblems gefällt. Er schließt in der „Nation“ einen Überblick über den Dawesbericht mit folgenden Worten:

„Er ist der beste bisherige Beitrag zu diesem unmöglichen Problem. Er atmet einen neuen Geist und ist in einer neuen Weise konzipiert. Er schafft eine Atmosphäre der Unparteilichkeit und verrät wissenschaftliches Wissen und Können. Wenn seine Sprache zuweilen die Sprache eines vernünftigen Mannes scheint, der sich in einem Narrenhaus findet und sich seinen Insassen anpassen muß, so verliert er doch nie den Verstand. Wenn er mit dem Unmöglichen Kompromisse schließt und wenn er das Unmögliche sogar ins Auge faßt, so schreibt er es doch nie vor. Diese Fassade und diese Entwürfe mögen sich nie in einem Gebäude verwirklichen, welches das Licht des Tages erblicken wird. Es ist aber ein ehrliches Dokument und es eröffnet ein neues Kapitel.“

Ich glaube, daß das wirkliche Urteil der britischen Regierung kaum viel anders lauten würde. Sie macht sich keine Illusionen darüber, daß der Bericht nur ein Kompromiß ist zwischen französisch-belgischen Begehrlichkeiten und angelsächsischen Einsichten, daß er in keiner Weise eine Lösung des Reparationsproblems bedeutet, an dem Europa nun schon fünf Jahre krankt; sie sieht in ihm nicht einmal einen wesentlichen Beitrag zu jenem allgemeinen „Settlement“, das Mac Donalds Ziel ist; sie ist aber entschieden der Ansicht, daß der Bericht „ein neues Kapitel öffnet“ in jenen immer wieder ab-

gebrochenen und wiederaufgenommenen Unterhandlungen, welche auf ein solches „Settlement“ zielen, und ein Kapitel, in dem Frankreich nicht mehr wie bisher alle Trümpfe in der Hand hält.

Wenn Keynes von dem Bericht sagt: „er schließe Kompromisse mit dem Unmöglichen und fasse das Unmögliche sogar ins Auge“, so denkt er sicher in erster Linie an die erstaunliche Tatsache, daß der Bericht voraussetzt, es werde möglich sein, ein großes Volk von 60 Millionen, das durch eigene Schuld, nämlich die kindischer Leichtgläubigkeit gegenüber Zusicherungen von Todfeinden, für den Augenblick wehrlos geworden ist, zu zwingen, jahraus jahrein auf eine Generation hinaus oder noch länger früheren Feinden, die es schon beraubt haben, wie in neuerer Zeit noch nie ein Volk beraubt worden ist, einen Tribut zu zahlen, der für die große Masse seiner Angehörigen einen Standard der Lebenshaltung bedeuten müßte, der über das zum Leben absolut Notwendige nicht hinausginge. Wenn man für das Unmenschliche und Ungeheuerliche dieses Planes heute kaum mehr ein Gefühl hat, so kann man sich das nur damit erklären, daß die Menschheit seit 1914 „mit dem Entsetzen zu Nacht gespeist hat“ und heute das Unglaublichste als ein Selbstverständliches hinnimmt. Vielleicht darf man etwas wie schlechtes Gewissen darin erblicken, wenn die Sachverständigen immer wieder versichern, ihr Plan werde die Deutschen nicht schwerer belasten, als es die alliierten Steuerzahler schon seien, die von ihnen gemachten Vorschläge bedeuteten nur „eine äquivalente Steuerlast in der billigsten Auslegung und Anwendung dieses Grundsatzes“. Diese Versicherung hat nur den einen Fehler, daß sie nicht wahr ist. Tatsache ist vielmehr, daß die Belastung der deutschen Steuerzahler schon heute schwerer ist, als die der englischen, von den französischen gar nicht zu reden, und daß sie unendlich schwerer sein wird, wenn die Empfehlungen des Dawesberichtes ausgeführt werden sollten. Der hiesige Economist hat berechnet, daß die Steuern in England und Frankreich heute noch keine 22 und 16 % des nationalen Einkommens verschlingen, während die deutschen nach deutschen amtlichen Berechnungen den 30 % bereits sehr nahe sind. Es wäre wirklich ehrlicher gewesen, wenn der Dawes-Ausschuß offen anerkannt hätte, wie das der klassische Bericht des Washingtoner Institute of Economics über Deutschlands Zahlungsfähigkeit tat, „daß nämlich große Reparationszahlungen nur gemacht werden können, wenn der deutsche Lebensstandard auf dem Existenzminimum oder mindestens auf dem Minimum festgehalten wird, wo soziale Revolution unvermeidlich wird. Der Wille, zu produzieren, muß natürlich erhalten werden; einige Gelegenheit, einen Gewinn zu machen, muß gewährt werden. Eingeschlossen darin liegt ein Herabtreiben der Löhne und Produktionskosten unter das Weltniveau im allgemeinen, damit Deutschland seine Konkurrenten in den Weltmärkten beständig unterbieten kann. Das ist der einzige mögliche Weg, wie irgend ein substantieller exportfähiger Überschuß erzielt werden kann. Ob es ein Weg ist, der für die übrige Welt angenehm und nützlich wäre, ist eine andere Frage.“

In diesem Satz hat man vielleicht einen Schlüssel zum Verständnis der wahren Absichten des Dawes-Ausschusses, wenigstens was seine englischsprechenden Mitglieder betrifft. Diese Absicht dürfte keine andere sein, als die einer reductio ad absurdum der wahnsinnigen bisherigen Reparationsforderungen der Alliierten. Dawes und seine Kollegen sagen den alliierten Regierungen faktisch:

Eurem Auftrag gemäß sage ich euch, wie ihr nach unserer Ansicht die höchstmöglichen Summen aus dem deutschen Volk herauspressen könnt, ohne die Stabilität der deutschen Währung und des deutschen Budgets über den Haufen zu werfen. Wie ihr diese erpreßten Summen, bestehend aus deutschen Mark, aber in internationale Zahlungsmittel verwandeln könnt, das kann ich euch leider nicht sagen. In dieser Beziehung kann ich nur die allgemeine Wahrheit feststellen, für die ihr bisher immer merkwürdig blind ward, die Wahrheit nämlich, daß wirkliche Zahlungen zuletzt nur in Gütern und daher nur aus dem exportfähigen Überschuß Deutschlands erfolgen können. Mit

andern Worten, wenn ihr Jahr um Jahr zweieinhalb Milliarden Goldmark aus deutschen Taschen in die eurigen überführen wollt, so müßt ihr bereit sein, eine enorme Erhöhung der deutschen Ausfuhr nicht nur zu dulden, sondern zu fördern. Wir brauchen wohl kaum zu sagen, daß Deutschland Waren im Wert von zweieinhalb Milliarden Goldmark erst ausführen kann, nachdem es so viel ausgeführt hat, als nötig ist, um für die Einfuhr zu zahlen, welche für die Ernährung seiner Bevölkerung und die Aufrechterhaltung der vollen Produktionskraft seiner Industrien unumgänglich notwendig ist, wovon es heute noch recht weit entfernt ist. Es ist nicht unsere Aufgabe, auszuführen, welche Wirkung eine solche Stimulierung der deutschen Industrien, daß der für die Erfüllung eurer Forderungen nötige Exportüberschuß erzielt ist, auf die Industrien eurer eigenen Länder haben müßte. Wir können in dieser Beziehung darauf verweisen, was unser Kollege, Reginald McKenna, schon im Oktober 1922 sagte, als er vor der Jahreskonferenz der American Bankers Association in Newyork ausführte, wenn Deutschland zahlen sollte, was von ihm gefordert werde, so könnte es die dazu nötigen Mittel auf keine andere Weise erhalten als durch eine Steigerung seiner Ausfuhr und zwar seiner Ausfuhr an Manufakturen, und dann fortfuhr:

„Um eine solche Ausdehnung seiner Ausfuhr gegenüber der Konkurrenz anderer Industrievölker zu erzielen, müßte Deutschland längere Arbeitsstunden für niedrigere Löhne arbeiten; es müßte seine Profite reduzieren und seine Einfuhr auf das unumgänglich Nötige beschränken. Aber seine Rivalen werden nicht einwilligen, ihre Hände in den Schoß zu legen, während sie ihren Handel verlieren. Sie werden sich wachsender Arbeitslosigkeit und schweren Handelsverlusten gegenübersehen. Die Invasion ihrer eigenen Märkte durch deutsche Waren mögen sie versuchen, durch Zollmauern zu verhindern; aber um ihre neutralen Märkte behaupten zu können, werden sie gezwungen sein, ihre eigenen Löhne und Profite zu reduzieren. Und so muß Deutschlands Bemühung, seinen Außenhandel auszudehnen, auf die Opposition aller industriellen Interessen der übrigen Welt stoßen und zu einer allgemeinen Herabsetzung des Lebensstandard führen.“

Aus ähnlichen Erwägungen heraus sagte mir einer der ersten englischen Volkswirte, J. A. Hobson, gleich unter dem ersten Eindruck des Dawes-Berichtes, nach seiner Ansicht habe die deutsche Regierung keinen Grund, sich irgendwie über den Dawes-Bericht aufzuregen; wenn sie klug sei, werde sie in aller Höflichkeit einfach folgende Frage an die alliierten Regierungen stellen: Die mir in dem Bericht zugemuteten Zahlungen erfordern, daß ich meine industrielle Produktion auf eine riesenhafte Steigerung meiner Ausfuhr einstelle. Damit ich das kann, muß ich nicht nur im allgemeinen, sondern bestimmt und nach einem detaillierten Plan auf Jahre hinaus voraus wissen, welche bestimmte deutsche Waren ihr haben wollt und welche Mengen von ihnen ihr entgegennehmen wollt. Seid ihr bereit, mir diese Auskunft zu geben? Hobson meinte lachend, die Kommission habe offenbar übersehen oder absichtlich nicht sehen wollen, daß die Ausführung ihres Planes, wenn sie möglich wäre, zu einer ganz beispiellosen Stimulierung der deutschen Industrien und einer entsprechenden Herabdrückung der alliierten Industrien führen müßte und daß Deutschland in dem Augenblick, wo seine Zahlungspflicht erfüllt wäre, der unbeschränkte Herr des Weltmarktes sein würde. Sobald die vorgesehenen Leistungen Deutschlands im Ernst beginnen würden, müßte man auf ein fürchterliches Wehgeschrei der Industrien aller alliierten Länder gefaßt sein. Hobson ist Optimist genug, zu glauben, daß der Dawes-Bericht zwar das Reparationsproblem in keiner Weise löst, daß er aber die Erkenntnis von seiner Unlösbarkeit in der Welt mächtig fördern wird, so zwar, daß man in ein paar Jahren nichts mehr von ihm hören werde.

Es ist leicht begreiflich, daß die Feststellung der Wahrheit, daß Reparationen nur aus einem deutschen Exportüberschuß bezahlt werden können, den Franzosen beinahe ebenso mißfällt, wie die weitere Feststellung, daß die Wiederherstellung der vollen wirtschaftlichen Souveränität Deutschlands über

Ruhr und Rhein die unerläßliche Voraussetzung jeder deutschen Zahlungsfähigkeit ist. Wenn man in der Tat die Äußerungen Poincarés und seiner Presse über diese Punkte au pied de lettre zu nehmen hätte, könnte man Reynes Befürchtung, „daß sich die Fassade und die Entwürfe des Dawesberichtes nie in einem Gebäude verwirklichen werden, welches das Licht des Tages erblicken werde“, schon jetzt als erfüllt ansehen. Wenn die hiesigen amtlichen Kreise das nicht tun, so stützt sich ihr relativer Optimismus auf die einfache Erwägung, daß die französische Regierung Geld haben muß und daß sie, wie sie wohl weiß, keines bekommen kann, wenn sie die Vereinigten Staaten vor den Kopf stoßen würde, was sie ohne Zweifel täte, wenn sie den Dawesbericht als eine Sache behandeln wollte, aus der man herauspicken kann, was einem paßt. Diese hiesige Auffassung erhält einen recht zugespitzten Ausdruck in folgenden Ausführungen des „New Statesman“, eines Organs, das der heute herrschenden Partei recht nahe steht:

„Die Zeit ist heute auf unserer Seite und je länger ein „Settlement“ verzögert wird, desto besser wird es wahrscheinlich — von unserem Gesichtspunkte aus — sein. Der Franken ist für den Augenblick wieder „festgelegt“; aber welchen Wert hätte er, wenn die Unterhaltungen über den neuen Plan zusammenbrechen würden und wir in das hoffnungslose Chaos der letzten achtzehn Monate zurücksinken? Frankreich ist heute faktisch zahlungsunfähig; ein schnelles „Settlement“ ist für es eine Sache beinahe von Leben und Tod, was es für Britannien nicht ist. Wir halten daher die Trümper.“ Jedenfalls machen die rein politischen Fragen, welche die Daweskommission nicht behandeln konnte, Mac Donald und seiner Regierung viel mehr Sorgen, als die wirtschaftliche. Und mit Recht. Denn alles deutet darauf, daß Frankreich sein „Ruhrpfand“ mit größter Hartnäckigkeit verteidigen wird. Man ist auch auf einen französischen Versuch gefaßt, England nachträglich zu einer Billigung der „illegalen“ Ruhrbesetzung zu bewegen, dadurch, daß man ihm ein Versprechen ablockt, sich an ihr im Falle einer erneuten deutschen „Verfehlung“ zu beteiligen, während umgekehrt England von Frankreich ein Versprechen zu erlangen versuchen wird, unter keinen Umständen wieder einen ähnlichen Sonder-schritt gegen Deutschland zu tun. Ernstere Unterhandlungen über diese und ähnliche politische Fragen dürften aber nicht beginnen, solange die Wähler in Deutschland und Frankreich noch nicht gesprochen haben.

Man kann es unter diesen Umständen verstehen, daß Mac Donald es für nötig hielt, sich in seiner jüngsten Äußerung in New Leader gegen den Vorwurf zu verteidigen, er sei eine „überoptimistische Person“, ein Vorwurf, der in seiner eigenen Partei ein recht lebhaftes Echo gefunden hat. Er kann kein „unmittelbares und umfassendes Settlement“ versprechen; er kann nur sagen, daß „die Bedingungen für ein solches Settlement viel günstiger sind als bisher“. Sehr angebracht war auch, daß er die Herren in Paris, die nicht genug von Kontrollmaßnahmen und neuen „Sanktionen“ reden können, daran erinnert, daß in „jedem Settlement Deutschland die Rolle einer freiwillig mitarbeitenden Nation spielen muß“. Hier liegt natürlich der Hase im Pfeffer und hier tut sich der tiefste Unterschied zwischen der englischen und französischen Auffassung auf: Frankreich will Deutschland gegenüber nur Diktat und Zwang, während England glaubt, daß Europa auf keinen Frieden und kein Gedeihen rechnen kann, solange die Alliierten nicht von dieser Methode ablassen und Deutschland als gleichberechtigtes Glied der europäischen Gesellschaft der Nationen behandeln. Bedeutsam und ein Ausdruck seiner innersten Überzeugung ist auch seine Warnung, wenn die von ihm erstrebte allgemeine Regelung des europäischen Problems nicht zu Stande komme, würden ein neues Wettrüsten, eine „Neugruppierung der Mächte, in der Rußland und Deutschland keine unbeträchtliche Rolle spielen werden“ und schließlich ein neuer Weltkrieg unvermeidlich werden. Man kann sicher sein, daß der Gedanke an diese „Neugruppierung der Mächte“, vielleicht unbewußt, nicht wenig dazu beiträgt, daß die überwältigende Mehrheit des britischen Volkes mit großer Aufrichtigkeit den Unterhandlungen einen Erfolg wünscht, die nun

zwischen Moskau und London begonnen haben, und daß ihr Erfolg schon heute als gesichert gelten darf, wenn dieser Wunsch von russischer Seite nur einigermaßen erwidert wird. Eine russisch-englische Verständigung wäre nach hiesiger Ansicht die wirksamste Garantie gegen Frankreichs Hegemoniepläne und für die Erhaltung des Weltfriedens.

London, 19. April 1924.

D. G.

Die Separatisten und ihre Helfer vor 125 Jahren.

Aus Hippolyt Taine: Les Origines de la France contemporaine. La Révolution, tome III, Seite 612:

„Nachdem die Bande Frankreich verschlungen hat, macht sie sich daran, Europa zu verschlingen, „Blatt um Blatt, wie eine Artischoke.“ Wozu die blutige Posse beschreiben, die sie im Ausland aufführen oder aufführen lassen? Es ist ja nur eine Wiederholung des Stückes, das sie in Paris seit acht Jahren aufführen, eine liederliche und blöde Übersetzung ins Flämische, Holländische, Deutsche, Italienische, den örtlichen Verhältnissen angepaßt mit etwas anderer Lesart, mit Streichungen und Auslassungen, aber immer mit demselben Ausgang, nämlich einem Hagel von Säbelhieben und Kolbenstößen für alle Besitzenden, ... um sie zur Herausgabe ihres Geldes und ihrer Wertpapiere aller Art zu zwingen, was sie sich denn auch gefallen lassen, bis sie im Hemd und ohne einen Rappen dastehen. Allgemeine Regel: in dem kleinen Staat, den es auszubeuten gilt, wiegelt der nächste General oder ernannte staatliche Vertreter die Unzufriedenen gegen die Behörden auf, die unter keiner Regierung fehlen, namentlich die heruntergekommenen Leute aus allen Ständen, Abenteurer, Kaffeehausstrateger, junge Hitzköpfe, kurz die Jakobiner der Gegend; von da an sind sie für den Vertreter Frankreichs „das Volk“ des Landes, auch wenn es nur eine Hand voll Leute der schlimmsten Art ist. Den rechtmäßigen Behörden wird verboten, sie zu maßregeln oder strafen: sie sind unverletzlich. Mit Drohung oder Gewalt greift der französische Vertreter selbst ein, um ihre verbrecherischen Streiche zu unterstützen oder zu bestätigen...“

Mitgeteilt von E. B.

Bücher

Zur Vorgeschichte des Weltkrieges.

Bismarcks Außenpolitik und der europäischen Status quo.

In den Augen der zeitgenössischen Diplomatie wie des zuschauenden Europa überhaupt erscheint die Politik Bismarcks — mit andern Worten die preußische Politik von 1862—66, seit 1867 die des Norddeutschen Bundes, später des Deutschen Reichs — belastet mit dem Vorwurf der Unberechenbarkeit. Dem geeinten Italien, dessen Politik von 1848 an bis zur Besetzung Roms der politischen Welt kaum geringere Überraschungen bereitet hat, ist merkwürdigerweise von der politischen Meinung Europas eine größere Kreditwürdigkeit zugestanden worden. Diese Beobachtung macht stutzig; wo mag der Grund für die verschiedene Bewertung zu suchen sein?

Unberechenbar waren die Wendungen der preußisch-deutschen Politik bis 1871 gewesen. Nun setzte die gleiche Politik, welche im letzten Jahrzehnt die außenpolitische Revolution von Europa bedeutet und bewirkt hatte, die Welt in Erstaunen durch eine Schwenkung zum außenpolitischen Konservatismus, zur betonten Erklärung eines auf die Erhaltung des — jetzt erreichten — Status quo gerichteten Willens. Unverständlich wie diese Umstellung der Politik Bismarcks